

Deutsche wählt das freie und soziale Europa – gegen ein sozialistisches Europa

**Vom Bundesvorstand der CDU am 12. Februar 1979 verabschiedete
Vorlagen (Entwürfe) für den 27. Bundesparteitag in Kiel**

Wahlaufruf

Wir Christlichen Demokraten waren und sind die Hauptträger der Einigung Europas. Staatsmänner wie Konrad Adenauer, Robert Schuman, Alcide de Gasperi, haben gegen den erbitterten Widerstand von Kommunisten und Nationalisten, teilweise auch der Sozialisten, die Europäische Gemeinschaft aufgebaut. Die SPD hat die Gründung der Europäischen Gemeinschaften abgelehnt. Von ihr ist allzuoft Widerstand gegen die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft ausgegangen. Jede Stimme für das Mitglied der Sozialistischen Internationale in der Bundesrepublik Deutschland — die SPD — erhöht die Gefahr, daß das Europäische Parlament von einer Volksfront aus Sozialisten und Kommunisten beherrscht wird. Wenn die Bürger der Europäischen Gemeinschaft vom 7. bis 10. Juni zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein gemeinsames Parlament wählen, entscheiden sie über die grund-sätzliche Ausrichtung europäischer Politik.

Christliche Demokraten wollen für Europa mehr Sicherheit und nicht Neutralisierung. Das atlantische Bündnis und die Partnerschaft mit den USA haben 30 Jahre lang in Europa den Frieden und Westeuropa die Freiheit gesichert. Neutralisierung verstärkt die Gefahr sowjetischen Einflusses für das freie Europa. Wir wollen den gegenseitigen ausgewogenen und kontrollierten Truppen- und Rüstungsbau in Ost und West. In Frieden wollen wir die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung

unseres Vaterlandes überwinden. Das freie Europa ist die Hoffnung für ganz Europa.

Wir wollen mehr Bürgerfreiheit und weniger Bürokratie. Die europäische Kultur in ihrer nationalen Vielfalt gibt die Chance, der gesellschaftlichen Uniformität, dem wachsenden Materialismus entgegenzuwirken. Das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung — auf persönliches Lebensglück — droht von der Bürokratisierungswut der Sozialisten erstickt zu werden.

Wir wollen mehr Partnerschaft in Europa und keinen Klassenkampf. Der demokratische Verfassungsstaat und die Soziale Marktwirtschaft haben Europa aus den Trümmern des Krieges gerettet und den Menschen soziale Sicherheit und Wohlstand gegeben. Das war nur durch Partnerschaft und Solidarität möglich. Die Kommunisten predigen Klassenkampf und die Sozialisten sind auf dem Weg dorthin zurück.

Deutsche wählt das freie und soziale Europa — gegen ein sozialistisches Europa

Partnerschaft ja — Klassenkampf nein

I. Partnerschaft baut auf — Klassenkampf ist Rückschritt

„Partnerschaft und Solidarität sollen Gerechtigkeit für alle und gleichzeitig größere Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems gewährleisten. Unsere Alternative gründet sich auf die Freiheit und Gerechtigkeit. Sie überwindet unsoziale kapitalistische oder kollektivistische Gesellschaftssysteme.“ (EVP-Programm)

■ Die Christlichen Demokraten Europas haben sich im EVP-Programm eindeutig für die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für Europa entschieden. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit mit Selbständigkeit, Freiheit und Verantwortung. Das allein ermöglicht, die nationale Vielfalt in Europa angemessen zur Geltung zu bringen und gleichzeitig das notwendige Maß an marktwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Koordination sicherzustellen.

Die Idee des Klassenkampfes zwingt die SPD, in ihrem Europawahlprogramm die freie unternehmerische Entscheidung anzugreifen und die Investitionslenkung zu fordern:

„Die investierenden Unternehmen haben bei der EG-Kommission Investitionen anzumelden. An der Investitionsplanung auf EG-Ebene sind die Gewerkschaften im besonderen Maße zu beteiligen. Dabei sollen auch grenzüberschreitende Entwicklungspläne erstellt werden.“

Damit will die SPD ein Europa, das gekennzeichnet ist durch:

- einschneidende Eingriffe des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft,
- Wirtschaftsplanung und Strukturräte zur bürokratischen Lenkung von Wirtschaft und Gesellschaft,
- Investitionsmeldestellen und öffentliche Investitionslenkung privatwirtschaftlicher Investitionen.

Am 10. Juni 1979 wird es um eine fundamentale Weichenstellung für Europa gehen. Wir wollen kein Europa des Klassenkampfes — wir wollen ein Europa der Partnerschaft.

II. Partnerschaft — Hoffnung für die Menschen

„Unsere Sozial- und Gesellschaftspolitik ist geprägt von den Grundsätzen der Solidarität und der Subsidiarität; Hilfe zur Selbsthilfe und die Pflicht zur sozialen Gerechtigkeit folgen daraus. Die Gemeinschaft hat die Aufgabe, die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen und der freien Organisationen soweit wie möglich zu fördern.“

In diesem Geiste wollen wir Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Armut bekämpfen. Die sozialen Fragen, die aus Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen, Regionen und Ländern entstehen, sind nur durch eine europäische Politik der Solidarität und einen Wandel der Strukturen lösbar.“ (EVP-Programm)

Die Gesellschafts- und Sozialpolitik steht vor großen Herausforderungen: die Nationen Europas müssen sich mit neuen sozialen Problemen und Konfliktfeldern auseinandersetzen. Das erfordert eine neue soziale Politik auch in der EG.

Das größte gesellschafts- und sozialpolitische Problem in Europa ist die Arbeitslosigkeit. In der EG sind sechs Millionen Menschen ohne Arbeit; besonders hart sind davon Frauen und Jugendliche betroffen: jeweils über 2,5 Millionen Frauen

und Jugendliche unter 25 Jahren finden in unseren Ländern keine Arbeit. Wir können unsere Partnerschaft mit ihnen nur beweisen, wenn wir

- den Jugendlichen helfen, eine ausreichende und vor allem abgeschlossene Ausbildung zu erlangen und sie vor Gefahren einer realitätsfernen Bildungspolitik schützen,
- den Frauen ausreichend Teilzeitarbeitsplätze anbieten. Dieses dient insbesondere der Milderung der hohen Frauenarbeitslosigkeit,
- gezielte Maßnahmen zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit bei den älteren Arbeitnehmern ergreifen.

Es bleibt unverändert Aufgabe der Tarifparteien, im Rahmen der Lohnpolitik und des wirtschaftlichen Wachstums, die Abwägung zwischen der Erhöhung des Tariflohns, der Dauer der Arbeitszeit und den Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitsweil vorzunehmen. Diese Verantwortung darf nicht abgewälzt werden.

„Die Sozialpolitik muß die Familie in ihrer Bedeutung in einer freien, demokratischen Gesellschaft entsprechend fördern und schützen. Wir wollen eine Politik, die den Zusammenhalt der Familie stärkt, die Erziehungskraft der Familie unterstützt, das Leben der Ungeborenen schützt und die personale Entwicklung der Kinder fördert. Familiengerechte Sozialpolitik muß die Voraussetzungen schaffen, daß auch den kinderreichen Familien ein ausreichendes Einkommen für die Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder zur Verfügung steht.“ (EVP-Programm)

- Ehe und Familie haben sich als die beständigsten Formen menschlichen Zusammenlebens erwiesen. Sie sind das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates. Unsere Familienpolitik geht von der Ehe als einer Gemeinschaft aus, die auf Lebenszeit und Partnerschaft angelegt ist. Partnerschaft in der Ehe bedeutet, daß Mann und Frau sich gegenseitig anerkennen, füreinander verantwortlich sind und ihre Aufgaben in Familie, Beruf, Gesellschaft und Freizeit gleichberechtigt vereinbaren.
- Die wirtschaftliche Sicherung der Familie sollte durch die Dynamisierung des Familienlastenausgleichs, die stufenweise Einführung eines Erziehungsgeldes und die Anerkennung der Familienleistungen durch eine leistungsbezogene und familiengerechte Partnerrente gewährleistet werden.
- Besondere Solidarität gilt den Kindern ausländischer Arbeitnehmer. Durch Schule und Ausbildung muß ihnen der Aufenthalt in den Gastländern erleichtert werden. Die Rückkehr der „Gastarbeiter“ in ihre Heimatländer muß durch angemessene Hilfen gefördert werden.

III. Soziale Marktwirtschaft — Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für ein Europa der Freiheit und des sozialen Fortschritts

„Das Fundament einer freiheitlichen und sozial gerechten Politik ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie gilt es funktionstüchtig zu erhalten. Sie ist die dynamische Wirtschafts- und Sozialordnung, deren Leistungsfähigkeit auf dem Prinzip der verantworteten Freiheit, der Initiative des einzelnen, der schöpferischen Kraft aller wirtschaftlich Tätigen und dem Wettbewerb auf dem freien Markt beruht. In ihr beweist sich soziale Verantwortung durch aktive Solidarität. Sie überwindet Kapitalismus ebenso wie Kollektivismus. Sie sichert Mitbestimmung und Mitverantwortung für möglichst viele, Entfaltung der Persönlichkeit, Eigentum und Wohlstand sowie soziale Absicherung für alle. In diesem System werden die Entscheidungsgewalt ebenso wie das Eigentum angemessener verteilt. Sie zielt auf Vollbeschäftigung und ermöglicht es am besten, Wachstum mit der Erhaltung einer gesunden Umwelt und einem sparsamen Gebrauch der begrenzt zur Verfügung stehenden Rohstoffe in Einklang zu bringen.“ (EVP-Programm)

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit, der Strukturwandel und die Aufrechterhaltung der sozialen Sicherheit können nur durch die Soziale Marktwirtschaft gewährleistet werden. Zu ihrer Erhaltung und Stärkung fordern wir deshalb:

- Beseitigung der bürokratischen Hemmnisse, die wirtschaftliches Wachstum und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen behindern. Nicht dirigistische Investitionslenkung, sondern freie Entscheidung der Unternehmen ist dafür die Voraussetzung.
- Konsequente Wettbewerbspolitik und die Anerkennung persönlicher Leistung. Ein geordneter Wettbewerb muß die Existenz einer ausreichenden Zahl von mittelständischen Unternehmen sichern. Er begünstigt die Gründung neuer Existenzen und liegt im Interesse der Verbraucher. Ein breites Angebot an Produkten und Dienstleistungen entspricht der Vielfalt menschlicher Bedürfnisse.
- Für die deutsche und europäische Landwirtschaft sind Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe unverzichtbar. Sie sichern eine breite Eigentumsstreuung, eine gesunde Entwicklung der ländlichen Räume und den Verbrauchern ein reichhaltiges Angebot hochwertiger Nahrungsmittel.
- Die Mitbestimmung und die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer sind Ausdruck christlich-sozialen Gedankenguts und eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Persönliches Eigentum gibt dem Bürger Entscheidungsmöglichkeiten und erhöht damit seine persönliche Freiheit. Privates Eigentum kann

auf Dauer nur garantiert werden, wenn es breit gestreut ist. Alle Bürger sollen die Chance des Zugangs zu den verschiedenen Formen des Eigentums erhalten.

■ Die CDU hat 1957 die bruttolohnbezogene dynamische Rente geschaffen, die auch international als Beispiel einer vorbildlichen Sozialpolitik gilt. Diese in der Nachkriegszeit bedeutendste Sozialreform darf nicht staatlicher Willkür anheimgestellt und ruiniert werden. Das entspricht unserem Verständnis der Partnerschaft zwischen den Generationen. Wir wollen eine Ausgestaltung und Erweiterung der flexiblen Altersgrenze, die zum Ziel hat, den Arbeitnehmern, beginnend mit dem 60. Lebensjahr, die freie Entscheidung über früheres oder späteres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu sichern.

Unsere Politik zielt deshalb auf Partnerschaft mit den künftigen Generationen durch

■ Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Grundlagen unseres Lebens,
■ Sicherung des zukünftigen Energie- und Rohstoffbedarfs.

Dazu bedarf es einer umfassenden Mobilisierung der geistigen Reserven. Eine breit angelegte Forschungspolitik und Freiheit für Wissenschaft und Lehre sind dafür die entscheidenden Voraussetzungen.

Die CDU bekennst sich zu dem Prinzip der Partnerschaft in der Welt. Die Aufrechterhaltung zu großer Ungleichgewichte birgt die Gefahr ständiger politischer Konflikte in der Dritten Welt. Die CDU unterstützt daher den Ausbau der Entwicklungshilfe. Die wirkungsvollste Hilfe ist eine weltoffene Handelspolitik, die den jungen Völkern die Chance bietet, im Rahmen eines fairen internationalen Wettbewerbs in einer den Wohlstand fördernden Arbeitsteilung teilzunehmen.

Hinweis: Auf Beschuß des Bundesvorstandes wird die zuständige Kommission die Passage zur Jugendarbeitslosigkeit erweitern und außerdem eine grundsätzliche Aussage zur Familienpolitik einfügen. Dieser Text lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Landes- und Kreisverbände sowie Bundesvereinigungen erhalten ihn direkt zugesellt.

Bürgerfreiheit ja – Bürokratisierung nein

I. Für ein Europa freier Bürger

Wir wollen ein Europa der Bürger und nicht der Bürokraten.

Wir wollen ein starkes, handlungsfähiges Europa, das die Menschen zusammenführt, aber keinen bürokratischen Zentralismus, der Freizügigkeit und freie Initiative erstickt.

Unser Leitbild für eine humane Gesellschaftsordnung in Europa gründet auf einem von christlichen Grundwerten geprägten Verständnis vom Menschen. Seine unveräußerliche und unantastbare Würde, seine Freiheit und Verantwortlichkeit sind Maßstab unserer Politik.

Das christliche Menschenbild hat die gemeinsame Tradition abendländischer Kultur geprägt, die das geistige Fundament der Einigung Europas ist und deren Wirklichkeit im Bewußtsein und Leben der Menschen auch durch die widernatürliche politische Teilung unseres Kontinents in zwei Blöcke nicht zerstört werden kann. Von dort gewinnen wir die Maßstäbe für eine demokratische Einigung Europas, dessen politisches Handeln in Zukunft auf dem Auftrag seiner Bürger für ein direkt gewähltes, freies Parlament aufbauen muß.

Fortschritt in der politischen Einigung Europas ist nur möglich, wenn das „Europa der Regierungen“ abgelöst wird durch ein Europa der Völker. Sie können nur in einem demokratisch gewählten Europäischen Parlament repräsentiert sein.

Die politische Entscheidungsfindung, die über den Einspruch eines einzigen europäischen Mitgliedstaates führt, muß durch den Grundsatz der parlamentarisch-demokratischen Mehrheitsentscheidung abgelöst werden.

Dies ist der demokratische Weg, um die Entwicklung zu Entscheidungen fern der Wirklichkeit und zur Bürokratisierung zu überwinden, die das Einspruchsprinzip in der Willensbildung der Europäischen Gemeinschaft bisher zwangsläufig hervorbrachte.

Die europäische Einigung setzt eine ausgeprägte Berücksichtigung der inneren Entwicklung in den einzelnen Ländern sowie die Verständigung über gesellschaftliche Zielsetzungen zwischen den Angehörigen verschiedener Staaten und Traditionen voraus. Das Ziel der europäischen Einigung kann daher nicht in einem zentrali-

stischen Einheitsstaat liegen. Föderalistischer Aufbau ist die Form, in der Europa seine Einheit gewinnt und seine Vielfalt bewahrt. Wir wollen ein Europa der Solidarität, in dem die einzelnen einander helfen und in dem die Staaten als die Glieder Europas füreinander einstehen. Das Europa der Gemeinschaft, das wir wollen, muß der Tatsache eingedenk sein, daß es nicht nur für die Zukunft seiner Mitglieder verantwortlich ist, sondern auch an die anderen zu denken hat, die außerhalb der Gemeinschaft ihr Zentrum im Europarat haben und wichtiger Teil Europas sind. Ihnen gehört unsere Bereitschaft zur Kooperation, auch für sie und den Europarat haben wir uns mitverantwortlich zu fühlen.

Die föderalistische Struktur eines geeinten Europas gewährleistet die Erhaltung der historisch gewachsenen gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt und trägt damit zu mehr Freiheit und zu einer bürgernahen Erfüllung öffentlicher Aufgaben bei. Ziel der CDU ist es, die demokratischen Institutionen auf der Ebene der Regionen und der Gemeinden zu stärken. Wir treten dafür ein, daß politische Macht dezentralisiert wird. Was besser durch die Gemeinden, die Regionen, die Mitgliedstaaten entschieden, ausgeführt und kontrolliert werden kann, soll diesen vorbehalten bleiben.

Freiheit und Gemeinsamkeit der Bürger in Europa dienen dem Menschen und seinem persönlichen Glück. Sie sind Grundlage einer freiheitlichen Staatsordnung und der Sozialen Marktwirtschaft als freiheitlicher Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in der Europäischen Gemeinschaft.

II. Bürokratisierung und Zentralismus als Sackgasse

SPD-Politik ist gekennzeichnet durch ihr Mißtrauen gegenüber der Freiheit und Eigenverantwortlichkeit der Bürger und ihren autonomen Institutionen in Wirtschaft und Gesellschaft. Sozialistische Politik, die in diesem Mißtrauen wurzelt, ist daher bestimmt von der Forderung nach einer immer umfassenderen staatlichen Regelung aller Lebensbereiche. Wo diese Forderung verwirklicht wird, sind Bürokratisierung und Zentralismus der Entscheidungen die Folge. Eine Politik, die aus dieser sozialistischen Perspektive gestaltet wird, muß auch beim Bemühen um die Einigung Europas in die Sackgasse führen.

Es fehlt ein sichtbares und entschlossenes Bemühen der SPD und der von ihr geführten Bundesregierung, die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft so weiter zu entwickeln, daß Stillstand, technokratische Fehlentwicklungen und mangelnde Wirksamkeit überwunden werden.

■ Eine europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Freiheit kann nur gestaltet werden, wenn man den Zusammenhang ihrer Einzelteile nicht aus den Augen verliert. Bei Veränderungen in Einzelbereichen muß stets auch die

Frage beantwortet werden, welche Auswirkungen diese Veränderungen auf andere Teile dieser freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung haben.

Gemeinsame Märkte ohne wirksame Währungsunion, wirtschaftliche Einigung ohne die notwendige Ergänzung durch eine europäische Sozialpolitik führen daher zwangsläufig zu einem ordnungspolitischen Torso, das Bürokratisierung und Dirigismus nach sich zieht. Die langjährige Verzögerung der europäischen Einigungsbemühungen unter der Regierungsverantwortung der SPD in der Bundesrepublik Deutschland ist einer der Hauptgründe für die unerträgliche Bürokratisierung der gemeinschaftlich geordneten Einrichtungen und Bereiche in Europa. Die Schuld an dieser Bürokratisierung tragen nicht die Beamten der europäischen Behörden. Sie sind abhängig von politischen Entscheidungen. Die Versäumnisse der Politiker sind es, die sie zwingen, an deren Stelle Ziele abzustecken, die Richtung anzugeben und Entscheidungen zu treffen.

Sowenig wir uns in Deutschland mit der zunehmenden Bürokratisierung aller Lebensbereiche abfinden — wir kämpfen deshalb auf einen politischen Wandel bei der Bundestagswahl 1980, so wenig sehn sich die Bürger Europas nach mehr Bürokratie und Zentralismus. Sie wollen eine handlungsfähige, an den Interessen der Menschen orientierte Europäische Gemeinschaft. Soll die Idee der europäischen Einigung nicht von Verdrossenheit und Resignation verschüttet werden, muß Europa in Freiheit geeint werden.

III. Die Einheit Europas vollenden

1 Die Direktwahl des Europäischen Parlamentes schafft die Voraussetzungen dafür, daß die politische Willensbildung in der Europäischen Gemeinschaft von einer demokratisch gewählten Vertretung der Völker Europas ausgeht. Dies ist der entscheidende Schritt zum Abbau der Bürokratisierung, die aufgrund reinen Regierungshandelns und des Fehlens einer direkt vom Bürger legitimierten parlamentarischen Kontrolle zunehmend in den Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft um sich gegriffen hat: Neun Minister setzen bisher europäisches Recht, dieselben neun führen es durch, dieselben neun kontrollieren sich selbst. Es bedarf daher einer Stärkung des Europäischen Parlaments und einer Ausweitung seiner Zuständigkeiten, wie sie in dem Beschuß „Sicherheit ja — Neutralisierung nein“ beschrieben sind.

2 Wir treten ein für eine politische Ordnung Europas, die dem Grundsatz der Subsidiarität folgt und in der der jeweils kleineren Gemeinschaft die Aufgaben vorbehalten sind, die sie aus eigener Kraft erfüllen kann. Die Übertragung von Aufgaben auf größere Gemeinschaften bedeutet zwangsläufig einen Verlust an Bürger Nähe und an Unmittelbarkeit demokratischer Legitimität. Wir halten jeden Zug in

dieser Richtung für verhängnisvoll. Es ist durch nichts bewiesen, daß ein Mehr an Zentralismus der Wohlfahrt der Bürger und des Landes dienlich ist. Auch wir wollen keinen europäischen Massenstaat für 250 Millionen Menschen, in dem die Eigenart der europäischen Völker in der Anonymität untergeht.

③ Eine europaorientierte Politik muß in den unterschiedlichen Bereichen politischer Zuständigkeit darauf angelegt sein, Bewußtsein und persönliches Erlebnis europäischer Gemeinschaft zu entwickeln und zu fördern. Die CDU tritt ein für eine Politik, die die Begegnung der Menschen in Europa erleichtert und die Freizügigkeit sichert.

Zur Verwirklichung dieses Ziels sind eine Vielzahl von Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene erforderlich:

- Die junge Generation muß die Chance erhalten, durch eigene Erfahrung und Gedankenaustausch die Freundschaft zu vertiefen, die die Länder der Europäischen Gemeinschaft miteinander verbindet. Das persönliche Kennenlernen der Nachbarländer und das Knüpfen persönlicher Beziehungen ist von weitreichender Bedeutung für das Verständnis der jungen Menschen von Europa, für ihre spätere Orientierung in Beruf und Politik. Die junge Generation Europas wird aber nur dann wirklich eine europäische Generation werden können, wenn in den Schulen die Sprachen, die Geschichte und die Idee Europas in dem Umfang vermittelt werden, der ihrer Bedeutung für die europäische Einigung zukommt.
- Nach dem Vorbild des von deutscher Seite unter der politischen Führung der CDU geschaffenen Deutsch-Französischen Jugendwerkes muß die Begegnung zwischen den jungen Menschen aus allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft großzügig gefördert werden. Es ist Aufgabe der jeweiligen staatlichen Jugendpolitik, dafür Sorge zu tragen, daß dieses Angebot sich gleichermaßen an Schüler wie an jugendliche Arbeitnehmer richtet.
- Durch gegenseitige Anerkennung der Bildungsabschlüsse und durch unbürokratische Zugangsmöglichkeiten zu den Bildungseinrichtungen für junge Bürger aller Länder der Europäischen Gemeinschaft ist den Jugendlichen die Chance zu eröffnen, einen Teil ihrer Bildungszeit in einem anderen Land der EG zu verbringen.
- Der kulturelle Austausch und die Begegnung der Menschen über die Grenzen ihres Landes hinaus in ihrer Freizeit ist eine wichtige Aufgabe der Partnerschaften von Gemeinden, Vereinen und Betrieben, insbesondere aber auch der Schulen. Hier ist eine der besten Voraussetzungen dafür gegeben, daß die Begegnung der Menschen innerhalb Europas zum Bewußtsein sozialer und politischer Gemeinschaft führt.

- Die freie Wahl des Arbeitsplatzes muß innerhalb der gesamten Europäischen Gemeinschaft rechtlich und sozial gesichert werden. Dies gilt für die Verwirklichung des Niederlassungsrechtes und des freien Dienstverkehrs, in besonderem Maße aber auch für die soziale Sicherung der Arbeitnehmer, die in einem anderen als in ihrem Heimatland innerhalb der Europäischen Gemeinschaft berufstätig werden, und für die Gewährleistung gerechter Bildungs- und Berufschancen für ihre Kinder.
- Die Gesundheitspolitik der Mitgliedstaaten der EG vermag einen wichtigen Beitrag zu leisten, um die Begegnung innerhalb Europas zu erleichtern: Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, daß Menschen beim grenzüberschreitenden Verkehr innerhalb Europas hinsichtlich der Gesundheitsvorsorge und des Schutzes gegen Krankheitsfälle auch dann keine Risiken eingehen, wenn sie keine zusätzlichen Vorkehrungen treffen.
- Ein Europa der offenen Grenzen muß ein verbraucherfreundliches Europa sein: Das Recht auf Schutz der Gesundheit und der Sicherheit des Verbrauchers, auf die Gewährleistung seiner wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen sowie seine Information müssen durch Harmonisierung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften in der Gemeinschaft auf dem Niveau der wirksamsten Gesetzgebung sichergestellt werden.
- Grenzen sollen nicht länger Schranken zwischen den europäischen Nachbarn sein. Der Personen- und Warenverkehr zwischen den Ländern der Gemeinschaft muß von Formalismus und Bürokratisierung befreit werden. Die Einführung eines „Europapasses“ für die Bürger der Europäischen Gemeinschaft ist ein erster, wichtiger Schritt zu einem Europa ohne Schlagbäume.

Sicherheit ja – Neutralisierung nein

I.

Die europäische Einigung ist Friedenspolitik und Strategie der Freiheit. Zur Be- wahrung und Erhaltung ihrer Freiheit haben die Staaten des freien Europas nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen, sich zusammenzuschließen. Christlich-demokra- tische Staatsmänner haben vor allen anderen dafür gewirkt, bewaffnete Ausein- andersetzungen zwischen den europäischen Völkern durch die Einigung Europas in einer dauerhaften, freiheitlich strukturierten Ordnung für immer unmöglich zu machen. Von diesen Staatsmännern geprägt, ist die Europäische Gemeinschaft heute zum Motor des europäischen Einigungswerks geworden. Ihre Idee von einem kraftvollen, einigen Europa, eingebettet in das atlantische Bündnis, hat entschei- dend dazu beigetragen, daß der freie Teil unseres Kontinents trotz aller Bedrohung eine dreißigjährige Epoche von Frieden und Wohlstand erlebt hat.

Europa befindet sich in einer höchst gefahrsvollen politischen Situation. Sie hat sich in der Ära der Entspannung nicht gebessert. Die militärische und politische Be- drohung aus dem Osten nimmt in dem Maße zu, wie die Sowjetunion — weit über jedes vernünftige Verteidigungsbedürfnis hinaus — ihr Rüstungspotential unablässig vervielfacht. Die Aufbruchsbewegung in der Dritten Welt schafft zusätz- liche Risiken, aber wegen der Interdependenz mit dem Schicksal Europas auch neue, gewaltige Aufgaben. In dieser Lage muß sich die Idee der europäischen Einigung mehr denn je bewähren, muß die Europäische Gemeinschaft mit allen Kräften gefestigt werden.

Ebenso hängt die Sicherung von Frieden und Freiheit in Europa aber vom Zusam- menhalt des westlichen Bündnisses und von engen Beziehungen zu den Vereinig- ten Staaten ab, mit denen das freie Europa durch langfristige Identität der außen- politischen Interessen, durch gemeinsames Verständnis von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit und durch ein gemeinsames Eintreten für die Menschenrechte in der Welt verbunden ist. Diese gemeinsamen Überzeugungen heben unsere Allianz mit den Vereinigten Staaten und den anderen westlichen Bündnispartnern weit über den Rang eines Zweckbündnisses hinaus.

Das freiheitliche Erbe ist allen europäischen Ländern, auch denen Osteuropas zu eigen. „Wir tragen moralische und menschliche Verantwortung für die Länder

Osteuropas, die uns aus gemeinsamer Geschichte verbunden sind. Wir wollen die Spaltung Europas in Frieden überwinden. Das Recht auf Selbstbestimmung aller europäischen Völker, einschließlich des deutschen Volkes, bleibt für uns ein Grundsatz europäischer Politik.“ (EVP-Programm)

II.

Angesichts der Größe der Herausforderung und der unabsehbaren Notwendigkeit, Frieden und Freiheit durch eine verstärkte Einigungspolitik zu sichern, erfüllen uns die politischen Zielsetzungen der europäischen Sozialisten mit tiefer Sorge.

- Ohne sich auf ein einheitliches Europawahlprogramm einigen zu können, haben die europäischen Sozialisten gemeinsame Auffassungen nur mit der Rückkehr zu Positionen eines rigorosen Sozialismus finden können. Sie bekennen sich zum sozialistischen Europa und setzen Demokratie und Sozialismus gleich. Ihr klassenkämpferisches Streben nach der Wiederherstellung der sogenannten Einheit der Arbeiterklasse bestätigt unsere Befürchtungen, daß der Sozialismus nicht in der Lage ist, sich von totalitären Ideologien abzugrenzen. Die Reideologisierung der europäischen Sozialisten birgt die Gefahr, daß Europa zum ideologischen Kampfplatz gegen die Kräfte der demokratischen Mitte gemacht wird. Die europäischen Sozialisten stehen der Europäischen Gemeinschaft mit großen Vorbehalten gegenüber. Sie geben der Verwirklichung sozialistischer Grundsätze im eigenen Land den Vorrang vor einer Stärkung der Gemeinschaft. Sozialistische Parteien wie die britischen Sozialisten ziehen sogar den totalen Integrationsverzicht vor.
- Die europäischen Sozialisten spielen bei der Formulierung ihrer Friedenspolitik und der Suche nach Entspannung die militärische Bedrohung aus dem Osten und die spannungsfördernden Unternehmungen der Sowjetunion in der Dritten Welt ebenso herunter wie die bleibende Gefährlichkeit des Kommunismus in Westeuropa; sie erliegen immer wieder Tendenzen zur Verharmlosung beider Gefahren. Starke Kräfte im sozialistischen Lager unterstellen dem internationalen Kommunismus ein westliches Entspannungs- und Friedensverständnis und stehen immer wieder in der Versuchung, einseitige Vorleistungen im Abrüstungsbereich sowie bei der Einführung neuer Verteidigungswaffen anzubieten. Sie laufen die Gefahr einer inneren Lösung von unseren westlichen Allianzpartnern und der Suche nach einer neutralistischen Mittelposition Europas zwischen Ost und West. Entsprechend wird die atlantische Allianz von ihnen als ein bloßes Zweckbündnis auf Zeit verstanden, dessen späterer Wegfall im Zeichen der „Auflösung der Militärblöcke“ unter Verkenntung jeder machtpolitischen Gegebenheit vorprogrammiert ist.

- Mit diesen Vorstellungen geraten die europäischen Sozialisten in den Sog einer „Politik der Anpassung“ an den Willen der übermächtigen östlichen Militärmacht. Diese Politik kommt im Ergebnis den Vorstellungen der westeuropäischen Kommunisten nahe. Dem entspricht, daß Osteuropa aus der aktiven Menschenrechtspolitik der europäischen Sozialisten ausgeklammert wird; Anprangerung der Unfreiheit im sowjetischen Machtbereich gilt als entspannungsfeindlich. Dem entspricht auch, daß die Wiedervereinigung nur als Frucht einer Politik gegenüber dem Osten erwartet wird, für die noch immer der Wehner'sche Deutschlandplan Modell steht.

III.

Die äußeren Bedrohungen, denen das freie Europa ausgesetzt ist, und die unkalkulierbaren Risiken für unsere Freiheit und Sicherheit, mit denen der Weg zu einem sozialistischen Europa gepflastert ist, machen es notwendiger denn je, daß wir gemeinsam mit unseren christlich-demokratischen Partnerparteien für die konsequente Fortsetzung des europäischen Einigungswerks und eine Stärkung der Europäischen Gemeinschaft eintreten. Wir müssen Europa so ausstatten, daß es diese Herausforderungen besteht.

- Eine der wichtigsten Strategien, um Europa zu stärken, ist der institutionelle Ausbau der Europäischen Gemeinschaft. Deshalb sind die Direktwahl zum Europäischen Parlament und dessen Aufwertung von so entscheidender Bedeutung. Die Europawahl wird eine neue Phase des europäischen Einigungsprozesses einleiten. Das Europäische Parlament muß schon in seiner ersten Legislaturperiode zu einer treibenden Kraft der europäischen Einigung und zu einem Brennpunkt der geistigen Auseinandersetzung über Charakter, Gestalt und Farbe Europas werden. Dazu müssen die Römischen Verträge voll angewendet und ihre Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Das erfordert auch die weitestgehende Nutzung des jüngst in Kraft getretenen förmlichen Konzertierungsverfahrens zwischen Parlament und Rat. Wir setzen uns daneben für eine Interpretation des Art. 235 EWGV ein, nach der auch die Befugnisse des Parlaments durch Ratsbeschuß an die Ziele des Vertrags angepaßt werden können. Darüber hinaus treten wir, wie es im EVP-Programm verankert ist, für eine Erweiterung der Parlamentsbefugnisse durch Vertragsänderung ein. Beim Werben für diese institutionellen Fortschritte respektieren wir die Auffassungen derjenigen, die einer Kompetenzänderung noch zurückhaltend gegenüberstehen. Jedes Mitgliedsland der Gemeinschaft muß nach seiner Verfassung frei über solche Vertragsänderungen befinden können. Für einen Dogmenstreit über die Parlamentsbefugnisse ist daher kein Raum. Wir vertrauen jedoch darauf, daß die demokratische Legitimität des neuen Parlaments, die Sachzwänge der Gemeinschaftsentwicklung und der wachsende Einigungswille der

europäischen Bürger zu einer einvernehmlichen Ausweitung der Parlamentsbefugnisse führen.

Bei der Stärkung der Institutionen ist unser Ziel die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft — über die Europäische Union, wie sie im Tindemans-Bericht beschrieben wurde, — zu einem europäischen Bundesstaat eigener Art. Wir können es nicht künftigen Generationen überlassen, diese Aufgaben in Angriff zu nehmen. Bei ihrer institutionellen Verwirklichung müssen Rechtsformen sowohl des staatenbündlichen wie des bundesstaatlichen Bereichs Verwendung finden. Die Geschichte hält für neue Anforderungen auch neue Formen bereit, die sich nicht mehr mit den Begriffen des 19. Jahrhunderts erfassen lassen. Jenseits des unfruchtbaren Theoriestreits zwischen föderaler und konföderaler Lösung, der die Europäer allzulange beschäftigt hat, setzen wir uns für die pragmatische, aber zügige rechtliche Verfestigung von sich herausbildender Gemeinschaftspraxis ein, wo immer der Konsensus der Mitgliedsregierungen und der Bürger dies zuläßt. Das gilt besonders für den Ausbau der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und für das gemeinsame Auftreten der Gemeinschaftsländer in internationalen Zusammenhängen; wobei der Zuwachs an gemeinschaftlichen Kompetenzen und gemeinsamen Aktivitäten immer mit einer Stärkung der demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament einhergehen muß.

■ Ein starkes und sicheres Europa erfordert enge Parallelität zwischen der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und der des atlantischen Bündnisses. Beide dürfen nicht auseinanderdriften. Die europäische Einigung in Freiheit kann sich nur vor dem Hintergrund einer funktionsfähigen Allianz vollziehen. Das werdende Europa darf sich nicht im Gegensatz zu unseren nordamerikanischen Allianzpartnern definieren und damit letzten Endes seine Zugehörigkeit zur Schicksalsgemeinschaft des Westens in Frage stellen. Die Amerikaner müssen das europäische Einigungswerk, die Europäer das amerikanische Engagement in der Allianz als sich gegenseitig ergänzende Beiträge zu Sicherheit und Freiheit unseres Kontinents und gelebtes Bekenntnis zu den freiheitlichen Grundwerten begreifen.

Nur in der Geborgenheit einer starken Allianz kann sich die Europäische Gemeinschaft auch als Friedensfaktor für Europa und die Welt entwickeln, freundschaftliche und wirtschaftlich fruchtbare Beziehungen zu den Völkern Mittel- und Osteuropas knüpfen und ihren verantwortlichen Beitrag zum weltwirtschaftlichen Ausgleich mit den Entwicklungsländern leisten. Für beide, die Allianz und die Europäische Gemeinschaft, gilt: Friedenspolitik, die eine dynamische Entspannungs- und Abrüstungspolitik einchließt, und eigene Stärke sind kein Gegensatz, sondern bedingen einander.

In diesem Sinne soll die Gemeinschaft auch stärker in den sicherheitspolitischen Bereich ausgreifen, beginnend mit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit für un-

sere Verteidigung und fortschreitend mit den entsprechenden Vorschlägen des Tindemans-Berichtes.

Ihre außenwirtschaftlichen Kompetenzen soll die Gemeinschaft so wahrnehmen, daß sie dem Druck der östlichen Staatshandelsländer auf Gewährung nicht ausgewogener Wirtschaftsvorteile widersteht.

Mit den Entwicklungsländern und deren sich herausbildenden Gruppierungen müssen jedoch, in Weiterentwicklung des Lomé-Modells, neue großzügige Formen der Zusammenarbeit gefunden werden.

■ Nur eine starke Europäische Gemeinschaft ist für die Aufgabe gerüstet, die Spaltung Deutschlands und Europas zu überwinden. Die Römischen Verträge sind für alle europäischen Staaten offen, die ihre Freiheit erlangt und ein demokratisches Staatswesen geschaffen haben, und bieten für die Einbeziehung ganz Deutschlands Raum. Europäische Integration und Treue zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes können deshalb nicht im Widerspruch zueinander stehen, weil wir uns die Zukunft eines freien wiedervereinigten Deutschlands nur in einem größeren europäischen Ganzen vorstellen können und die Neutralisierung und Herauslösung unseres Landes aus dem westlichen Staatenverband ablehnen.